

Die jährliche Veröffentlichung der weltweiten Rüstungsausgaben löst humanistische Reflexe aus

Frieden statt Krieg, Brot statt Gewehre!

Unter dem Titel „Die Welt rüstet auf!“ berichtet die „Zeitung für die Menschen des Ruhrgebiets“ (WAZ, 12.6.07) von der aktuellen Statistik über die absolute Summe und nationale Verteilung der globalen Rüstungsausgaben – sie haben die Grenze von einer Billion Dollar überschritten. Diesem Übel widmet das Blatt einen logisch hanebüchenen, moralisch astreinen Kommentar.

„2006 war kein gutes Jahr für den Frieden. Statt friedlicher wird die Welt brutaler. Was nützt es, darauf zu verweisen, dass weltweit 850 Millionen Menschen hungern? Dass pro Jahr 80 Dollar genügen würden, einer Familie das Überleben zu sichern – ein Klacks im Vergleich zu den Rüstungsausgaben. Armut und Gewalt, das gehört in globalem Maßstab zusammen. In 25 der 40 am wenigsten entwickelten Länder kam es im letzten Jahr zu gewaltsamen Konflikten. Es gibt kein Patentrezept für Frieden, doch wer Gewalt stoppen will, muss Armut bekämpfen, nicht Waffen exportieren. Gefragt sind Ideen und Geld. 2007 – ein gutes Jahr für den Frieden?“

Apropos Rüstung, da fällt dem Autor doch gleich der Hunger in der Welt ein, den man mit den vielen schönen Rüstungsmilliarden stillen könnte. Und sogar billiger wär's. Wie? Mit den 1000 Milliarden könnte man mehr Hunger stillen als Kriege führen? Was für ein Vergleich! Der Kommentator meint ihn hiererst, bezieht den globalen Rüstungsaufwand und die unterlassene Bekämpfung der Armut gleichermaßen auf das Ziel des edlen Friedens und vergleicht die Kriegsvorbereitung als ein schlechtes Mittel, ihn zu sichern, mit der Armutsbekämpfung als nicht nur netteres, sondern vor allem weitsichtigeres Mittel für denselben Zweck. Denn „Armut und Gewalt, das gehört in globalem Maßstab zusammen.“

Den Zusammenhang von Gewalt und Armut kennt er nur verkehrt herum: Bei ihm machen nicht Rüstung und Krieg die betroffene Bevölkerung arm, sondern es ist die Armut der Armen, die Krieg verursacht; was aus dem Faktum von bewaffneten Konflikten in wenig entwickelten Staaten offenbar überzeugend hervorgeht. Der kleine Zynismus, dass unser Humanist die Ernährung der Armen vor allem als ein Mittel empfiehlt, die Sicherheitsbedrohung zu entschärfen, die sie darstellen, fällt schon kaum mehr ins Gewicht, angesichts dessen, dass er auch noch Täter und Opfer der Kriege in den armen Ländern verwechselt: Vermutlich wird ihm bekannt sein, dass die Waffen, die da zum Einsatz kommen, nicht gerade von denen gekauft werden, die sich nicht einmal Nahrungsmittel kaufen können; geschweige denn, dass sie in deren Interesse zum Einsatz kämen. Aber ein Menschenfreund, der einer aufrüstenden Staatenwelt den Hunger als Kriegsgrund und die Hungerhilfe als Sicherheitspolitik ans Herz legen will, darf einfach nicht unterscheiden zwischen den Elenden in den kaputten Ländern des Südens und den Warlords, die dort Krieg und Bürgerkrieg um die letzten Reichtumsquellen führen.

Aus demselben Grund fallen ihm gerade diese Konflikte ein, wenn er auf die Liste der globalen Rüstungsausgaben blickt. Aus dieser Liste folgt das nämlich nicht; in ihr rangieren die „am wenigsten entwickelten Ländern“ ganz weit hinten. Eine Handvoll mächtiger Staaten führt mit weitem Abstand nicht nur bei Waffenproduktion und Waffenhandel, sondern auch beim Einsatz des Tötungsgeräts. Die größten Militärmächte und die größten

Fortsetzung Seite 3, Spalte 3 oben

Dalai Lama auf Deutschland-Tournee: Moderner Sinnstiftungs-Guru + nützlicher Idiot westlicher Menschenrechtsdiplomatie = Religiöser Fundamentalismus, wie wir ihn lieben

Der Dalai Lama kommt zu uns und wird „gefeiert wie ein Rockstar“, dabei kann er weder singen noch tanzen und in den Charts ist er auch nicht. Was ist es dann, das den Mann so beliebt macht? Anders gefragt: *Wer braucht eigentlich den Dalai Lama – und wozu?*

1. „Der Gott zum Anfassen“ (Spiegel 29/07)

„Seine Heiligkeit“ aus Tibet füllt hierzulande Stadien und Hörsäle, in Umfragen ist er beliebter als der deutsche Papst. StudentInnen, Hausfrauen und Manager folgen ergriffen seinen Vorträgen, alle bewundern „Klugheit, Kraft, Charisma“ des Mönchs, Exilpolitikers und Friedensnobelpreisträgers. Der Spiegel versteht, warum: „Viele Menschen im Westen suchen einen spirituellen Tröster“; sie nehmen diesen wandernden „Ozean der Weisheit“ als Ratgeber bei der Bewältigung des rauen kapitalistischen Alltags; manch gestresstem Großstädter „tut er total gut: Durch ihn komme ich auf andere Gedanken“. Auf welche Gedanken man durch ihn dann kommt, stellt allerdings weder seiner Weisheit noch dem Geisteszustand derer ein gutes Zeugnis aus, denen er zum Wohlsein verhilft. Denn erstens sind es überhaupt keine „anderen Gedanken“, derer man teilhaftig wird, wenn die 14. Wiedergeburt seiner Selbst die Botschaften von Lao-Tse unters westliche Volk streut: „Finde dein innerstes Selbst! In der Ruhe liegt die Kraft! Der Weg ist das Ziel!“ Solche und ähnliche Weisheiten schrieben sich früher mal höhere Töchter ins Poesiealbum, heute fassen sie zusammen, was man in der Rubrik „Lebenshilfe“ auch sonst geboten bekommt, womit man aber auch beim Deut-

schen Alpenverein fürs Bergsteigen Werbung macht. Zweitens ist es sehr bedenklich, wenn einem Sinnsprüche dieses Kalibers auch noch „total gut tun“. *Lebenssinn* heißt das in hohem Ansehen stehende Bedürfnis, von dessen Befriedigung auf die Weise erfolgreich Vollzug gemeldet wird, und diese verbreitete Sitte, die hierzulande die geistige Kultur adelt, macht gar kein Hehl daraus, welch niederer Beweggrund da den Gedanken leitet: Wer *Sinn* für sein Leben sucht, den treibt das Bedürfnis, sich garantiert enttäuschungsfrei positiv zur Welt stellen zu können. Er wünscht sich einen *Gesichtspunkt*, der ihm *letztinstanzlich Zufriedenheit* mit allem besorgt, was er sein Lebtage lang durchmacht, also *wider* alle seine Erfahrungen *Harmonie* in der Welt der Gegensätze stiftet, in der er sich umtreibt. *Ausdrücklich jenseits* von allem, womit er sich zu seinem Missbehagen herumzuschlagen hat, will einer da wenigstens *ideell auf seine Kosten* kommen – und verschafft sich die verlangte Befriedigung durch die entsprechend sinnige Deutung seiner Welt und vor allem durch die unermüdliche Pflege seiner eigenen Stellung zu der: Im Wege des strikten Absehens von allen wirklichen Mächten, denen das eigene Tun unterliegt, imaginiert man sich als Subjekt, das sich zur Stiftung von Zufriedenheit hauptsächlich darum zu kümmern hat, dass es im Einklang mit sich lebt. Also sucht man nach seinem „Selbst“, hört in sich hinein und macht dann wohl auch seine einschlägigen metaphysischen Erfahrungen. Man verspürt die Kraft, die einem dadurch zuteil wird, dass man alles nicht mehr so wichtig nimmt und den Imperativ beherzigt, sich bloß über nichts aufzuregen. In der Wei-

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Was von MARX zu lernen wäre: Alles Nötige über Arbeit und Reichtum im Kapitalismus

Linke Parteien zählen den Theoretiker des 19. Jahrhunderts, dessen Gedanken einmal die Welt bewegt haben, zu ihrem Traditionsbestand, seine Schriften aber kennen sie nicht mehr. Marx ist heute ein toter Hund. Um so mehr als man ihn an Universitäten, sofern man sich seiner erinnert, höflich ins geistesgeschichtliche deutsche Erbe eingemeindet – und zwar als einen Großen: Ein großer Philosoph soll er gewesen sein, dem es nach Hegel noch einmal gelungen sei, dialektisch zu denken; ein großer Soziologe, der ein System gebastelt habe, in dem die Gesellschaft von der materiellen Basis bis zum Überbau der Ideen auf ein einziges Prinzip gebracht ist, ein großer Prophet, der die Globalisierung früh vorhergesehen habe, ein großer Utopist, der sich eine schöne bessere Welt ausgedacht haben soll.

Dass der Alte selbst, wenn er gefragt würde, nichts von dem genannten Großen vollbracht haben wollte, ja sich dieses Lob verbitten würde, kann seine geistesgeschichtlichen Freunde nicht bremsen. Sie verzeihen ihm ja sogar, dass er Kommunist gewesen ist. Er selbst sah seine Leistung einzig und allein in dem, was der Untertitel seines theoretischen Hauptwerkes ankündigt: in der „Kritik der politischen Ökonomie“ des Kapitalismus. Marx war, wenn irgendetwas, Ökonom. Die Wirtschaftswissenschaften allerdings haben keine gute Erinnerung an diesen Klassiker, ja eigentlich überhaupt keine. Kein Wunder. Schließlich hat er nicht nur die menschenfeindliche und absurde Rationalität des Wirtschaftssystems aufs Korn genommen, das sie so vernünftig finden, er hat auch ihre verständnisvollen Theorien darüber zerlegt.

An dem Kapitalismus, den Marx in der Phase seines Entstehens analysierte und kritisierte, hat sich seit seinen Tagen dies und das, aber nichts Wesentliches geändert: Immer noch ist die Vermehrung des Geldes der beherrschende Zweck, für den gearbeitet wird – und das ist keineswegs ein geschickter Umweg zur besseren Befriedigung der Bedürfnisse; noch immer sind die arbeitenden Menschen Kostenfaktor, also die negative Größe des Betriebszwecks; noch immer findet die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, der größten Quelle des materiellen Reichtums, ausschließlich statt, um Löhne zu sparen und Arbeitskräfte zu entlassen – also um den Arbeiter ärmer zu machen.

Wegen dieser Aktualität, und nur wegen ihr, verdient es der längst verblichene Denker, dass man sich seiner erinnert. Seine Bücher helfen, die ökonomische Wirklichkeit heute zu erklären. Das will der Vortrag anhand von Originalzitate aus dem ersten Kapitel von „Das Kapital“ Band 1, „Die Ware“, demonstrieren. Angeboten werden ungewohnte Gedanken über Gebrauchswert und Tauschwert, konkrete und abstrakte Arbeit, Geld und Nutzen, Arbeit und Reichtum – paarweise Bestimmungen, die unsere moderne Welt nicht mehr auseinander halten kann, während sie tatsächlich die härtesten Gegensätze enthalten. Der Vortrag wird einführen in „Das Kapital“ und für eine längerfristige Kapital-Lektüre werben, zu der sich gerade ein für alle Interessierten offener Lesekreis bildet.

Am Rand bleibt für Kenner eine Abgrenzung zu den Marxologen nachzutragen, die sich ausgerechnet weil es keinen Sozialismus in der Realität mehr gibt zu einer „Neuen Marxlektüre“ befreit und herausgefordert sehen. Sie wollen nichts mehr zu tun haben mit der Arbeiterklasse und dem Anprangern der Ausbeutung; entdecken vielmehr in allen Gegenständen und Themen des dreibändigen Werkes eintönig immer dasselbe: „Fetischisierte Vergesellschaftung“. Sie studieren Marx, aber nur, um der ausgearbeiteten Kritik des Kapitalismus nicht seine Kritik zu entnehmen, sondern eine gelungene Erklärung dafür, warum die praktische Kritik, die er verdient hätte, alleweil ausbleibt. Sie erklären nicht sich und anderen, warum die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht zu ihnen passt, sondern warum sie in Gedanken und Praxis so gut zu ihr passen. Damit allerdings wollen wir nichts zu tun haben.

Donnerstag, 8. November 2007, 20.00 Uhr

K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Nürnberg, Königstraße 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

se pausenlos auf sich ein- bzw. sich dementsprechend gut zuzureden, darin besteht sie, die hohe Kunst des positiven Denkens: Wer sich nichts mehr vornimmt im Leben und seinen trostlosen Alltag als Weg zu sich selbst ‚begreift‘, kann auch nicht mehr enttäuscht werden. Darin besteht das prima Lebensgefühl, der ‚spirituelle Trost‘, den der Dalai Lama spendet: Das Ich ruht im Selbst, mit Ruhe wird aus einem Sandkorn eine Perle – wer daran glaubt, den kann die Welt am Arsch lecken, weil er sie komplett im Griff hat.

Dass der Trostspender mit seinem Quark nicht nur Mönchen in ganz fernen Kulturkreisen, sondern auch hierzulande manchem so ‚gut tut‘, ist kein Wunder dieses Heilsbringers. Der verkörpert erstmal nur eines der ganz vielen Angebote für die Nachfrage nach kompensatorischer Sinngebung, für die berufsmäßige Lebenshelfer selber überhaupt nichts tun müssen: Der Irrationalismus, sich einen höheren und eigentlichen Lebenssinn zu imaginieren, hat in den zivilisierten Gemeinwesen des Abendlands seinen festen Stammplatz und seine solide Funktion für den Zusammenhalt von Herr und Knecht. Aufgeklärte Bürger geben das selber zu Protokoll, wenn sie den Bedarf nach Sinn mit der sedierenden Wirkung auf ihren Gemütszustand begründen: Manche brauchen den Herrn Jesus,

manche den Herrn Lama, um das Leben leichter *auszuhalten*; er wirkt quasi wie eine Schmerztablette, aber ohne Chemie; Religion ohne Fegefeuer; Psycho ohne Sektenerverdacht – don't worry, be happy. So richtig interessant macht den Senf, den der Herr zu diesem Zweck erzählt, fürs Publikum freilich etwas, was die wenigsten Sinnstifter vorzuweisen haben: Seine *Autorität* bezieht der Mann auch aus *weltlichen* Quellen: Er ist Chef der tibetischen Exilregierung und ein beliebter Gast des deutschen Staates.

2. „Pandabär der internationalen Politik“ (Er über sich)

„Wir sind die Pandabären der internationalen Politik. Jeder mag uns, aber keiner tut was für uns.“ Was der Mann in einem Anfall ironischer Selbsterkenntnis sagt, trifft die zwiespältige Rolle, die er als oberster Tibeter in der Staatenwelt hat, auf seine Weise durchaus:

- Im Hauptberuf ist der 14. Dalai Lama kein Wanderprediger, sondern Politiker, Nationalist und Glaubensführer; allerdings einer der besonderen Art. Er ist ein Staatsmann ohne Staatsgebiet, ein Regent ohne Regierte, ein Gottkönig ohne Heimatgemeinde. Die seltsamen Doppelrollen übt er natürlich nicht frei-

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 unten

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Die Wahl in der Politologie

ist zweifellos das "Kernstück der Demokratie", als das sie von der Politischen Wissenschaft gelobt wird. Das Volk ist der "Souverän" und bestimmt die Politik – indem es diejenigen auswählt, die tatsächlich über die Politik bestimmen. Diese kleine Unstimmigkeit wirft zwar durchaus ein Licht darauf, wie "Volksouveränität" gemeint ist, das verunsichert Demokraten aber nicht im mindesten: Ungeachtet ihres Resultats – eine Regierung herrscht souverän über das Volk – wird an der Wahl die 'andere Seite' hochgehalten: Das Volk *bestimmt* ...

In jedem Sozialkundebuch steht es: "die Wahl ist ein Auftrag der Wähler an die Politiker." Jemandem einen "Auftrag" zu erteilen bedeutet – mal wörtlich genommen – ihn auf die Ausführung des eigenen Willens zu verpflichten. Und das soll für demokratische Politik zutreffen? Dabei weiß doch jedermann, wie wenig die Angelegenheiten der Politik die angeblichen "Auftraggeber" angehen! Auch moderne Demokratietheoretiker finden das ganz "naiv gedacht". Trotzdem wollen Politologen, wenn sie "die Wahl" besprechen, diese Definition nicht einfach dementieren. Schließlich will die Demokratie das selbst so sehen, vgl. Art. 20 GG: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus." Aber "richtig verstehen" muss "man" das schon; und hier fühlt sich die Wissenschaft zur Aufklärung aufgerufen.

Die Wahl als "Bestellung von Herrschaft"

Die politologische Aufklärung über die Wahl beginnt allerdings gar nicht damit, sie als Einrichtung der *Demokratie*, die sie ja nun einmal ist, zu erläutern. Als erstes bekommt man in den Definitionen der Lehrbücher mitgeteilt, sie sei zumindest in einer Hinsicht gar nichts Besonderes – wenn man sie nämlich als "Herrschaftsbestellung" betrachtet:

"Wahlverfahren regeln und ordnen den Erwerb von Herrschaft. Man unterscheidet zwischen gewaltsamer und friedlicher Herrschaftsbestellung. Formen der friedlichen Herrschaftsbestellung sind eine Bestellung durch Los, Erbfolge, Ernennung und Wahlen. Bei der Herrschaftsbestellung durch Wahlen wirken die Gewaltunterworfenen mit. Die Herrschaftsbestellung durch Wahlen ist das Herrschaftsbestellungsverfahren der Demokratie ..." (Fraenkel/ Bracher: Staat und Politik, S. 355)

"Der Zweck unterscheidet die Wahl allerdings nicht von anderen Bestellungsverfahren, die – anders als die gewaltsamen Methoden der Macherlangung wie Kampf, Putsch oder Krieg – ebenfalls auf Vereinbarungen beruhen können: Bestellung nach Geburtsrecht, aufgrund Amtsstellung (ex officio), durch Losentscheid, durch Ernennung und durch Akklamation. Von diesen Bestellungsverfahren ist die Wahl durch bestimmte, nur ihr eigene Verfahren unterschieden." (Sontheimer/ Röhring: Handbuch des deutschen Parlamentarismus, S. 503)

Nun ist es so schwierig nicht festzustellen, dass z.B. ein Krieg ("gewaltsame Herrschaftsbestellung") und ein Losentscheid ("friedliche Herrschaftsbestellung") völlig disparate Dinge sind. Im ersten Fall bekämpfen sich souveräne Gewalten; im Gefolge dieses Kampfs wird mitunter vom Sieger eine neue Sorte Herrschaft installiert – oder auch nicht. Die Konstituierung von Herrschaft geht ausschließlich gewaltsam vonstatten, eben durch "Kampf, Putsch oder Krieg" (ohne dass "Herrschaftsbestellung" dabei umgekehrt *be-zweckt* sein müsste). Im zweiten Fall wird nicht ein Herrschaftsverhältnis *eingerrichtet*; im Gegenteil: Die *bestehende* Herrschaft, z.B. die attische Demokratie, hat so die Nachfolge derer, die sie leiten sollen, geregelt, d.h. sie sorgt so für ihren Bestand unabhängig von ihrer personellen Besetzung. Mit "Putsch oder Krieg" haben die "historischen Formen" der Nachfolgeregelung eben nichts gemeinsam, und sie gehören ihrerseits zu ganz verschiedenen Sorten von Herrschaft.

Inwiefern gehören diese "Verfahren" zur jeweiligen Herrschaftsform? Warum stellt sich Merkel nicht einem Losentscheid, sondern zur Wahl? Gerade die Tatsache, dass man die Auswechslung des Personals von Herrschaft auf sehr *unterschiedliche* Weise regeln kann, verweist darauf, dass mit der Kennzeichnung als "Bestellungstechnik" eine der Sache ganz äußerliche, formelle Bestimmung geleistet

ist, mit der man über sie noch nichts weiß. Was die besondere Qualität einer *Herrschaftsform* ausmacht, muss ja erst einmal feststehen, wenn erklärt werden soll, warum sie welche "Bestellungstechnik" festlegt. Offenbar sind der Politischen Wissenschaft sämtliche Unterschiede zunächst einmal gleichgültig, weil es ihr nur auf das *Resultat* ankommt: Die Figuren, die herrschen, ändern sich; im Falle der "friedlichen Herrschaftsbestellung" erfreulicherweise nach vorher festgelegten Verfahren. *Dass* Herrschaft "bestellt", "erworben" und somit kontinuierlich ausgeübt wird, scheint der Politologie *ganz prinzipiell* wichtig zu sein. Deshalb wirft sie alle möglichen "Methoden" unter dem Oberbegriff "Herrschaftsbestellung" erst einmal in einen Topf – um nur noch die "gewaltsamen" mit einem moralischen Naserümpfen zu versehen: keine "Vereinbarung". Deshalb legt sie Wert auf die Tatsache, dass *auch die Wahl* diese für "die Herrschaft" so nützliche Leistung vollbringt, sie zu "bestellen". Nach dem Motto: Solange es um die Gewährleistung der Herrschaft geht, sind die "Methoden" erst einmal zweitrangig – Noten vergeben kann man ja dann immer noch.

Politologen sorgen sich um die Ausübung politischer Gewalt schlechthin; diese kennen sie in Form eines Undings namens "Herrschaft". Ein Unding ist dies deshalb, weil sich von Herrschaft unter Abstraktion von dem, worin sie ihre praktische Grundlage hat und ihre Mittel und Zwecke bestehen, nicht reden lässt: darin nämlich und in sonst nichts hat sie ihre Objektivität. Die Abstraktion "Herrschaft" sieht davon ab und denkt sie sich als ein grund- und zweckfreies Gewaltverhältnis von "oben" und "unten", das es immer schon gegeben hat und geben muss. "Zweckfrei" insofern, als die *politologische* "Herrschaft" gar keinen *eigenen* Zweck kennt, sondern durch die Jahrtausende dem Zweck gerecht wird, den ihr die Menschennatur angeblich aufbürdet: angesichts der menschlichen Mängel die Ordnung herzustellen. Dass Gewalt als Herrschaftsmittel eingesetzt wird, weil man die Untertanen um den Zehnten erleichtert, für die Vergrößerung des Staatsgebietes in den Kampf schicken will oder sonstige, ihm unzutragliche Zwecke verfolgt, davon will ein Politologe nichts wissen. Derlei historische Besonderheiten politischer Gewaltausübung sind für ihn einzig ein Zeugnis davon, dass Herrschaft so etwas sei wie die Durchsetzung eines menschlichen Naturgesetzes.

Weil er eben dies ganz selbstverständlich *unterstellt*, vermeldet ein Politologe über "Herrschaft" überhaupt nur noch, sie müsse, in welcher Form auch immer, das Problem ihrer eigenen *Bestandssicherung* bewältigen. Weil sie für ihn ein Wert an sich ist, ist auch die Sicherung ihrer Kontinuität gewissermaßen eine Dienstleistung an der Menschheit, eine Aufgabe, die eben gemeistert zu werden hat – weshalb auch das bloße Etikett "Herrschaftsbestellung" bereits ein Kompliment darstellt.

Wahl = Gewaltbestellung gewaltfrei

"... man unterscheidet zwischen gewaltsamer und friedlicher Herrschaftsbestellung" – und da soll sich die Wahl dadurch auszeichnen, dass sie in die zweite Schublade gehört. Der Politologe hält zwar den Zweck der *Macht-ausübung* als den der Wahl durchaus fest – schon indem er sie mit Krieg, Putsch und anderen erlesenen Formen überhaupt vergleicht, in denen die Konkurrenz um die Machthaberschaft ausgetragen wird. Aber die unblutige Tour, in der der demokratische Amtswechsel vonstatten geht, heißt für den Politologen, dass hier Gewalt gewaltlos am Werke ist. Ausgerechnet die "Mitwirkung" der "Gewaltunterworfenen" – das sollen die Bürger also sein und bleiben! – soll den Gegensatz zwischen "oben" und "unten", wie er bei einem Gewaltverhältnis notwendig unterstellt ist, zum Verschwinden bringen: Immerhin sind demokratische Untertanen, wenn sie ihre Machthaber wählen, mit denselben in dem Zweck vereint, über sich "Herrschaft" einzurichten. Die Politische Wissenschaft 'schließt' einerseits aus dem bloßen "Mitwirken" auf eine *Gemeinsamkeit* der beiden Seiten des Ge-

waltverhältnisses – andererseits soll dieses dadurch überhaupt nicht überflüssig werden. Damit soll die Gewalt nicht aufgehoben, sondern gerade installiert sein – aber einen ganz anderen Charakter annehmen. Dass in Wahlen die – dabei schon längst vorausgesetzte – *prinzipielle* Anerkennung der Gewalt durch die Untertanen nur immer wieder *aktualisiert* wird, Wahlen daher auch nichts anderes beweisen als deren *freiwillige Unterwerfung*, nimmt ein Politologe befriedigt und aus dem Blickwinkel derer von oben zur Kenntnis: Das beweist ihm nämlich, dass dem Geltungsanspruch der Machthaber kein Widerstand entgegengebracht wird, dass der Zweck "Herrschaft" reibungslos gilt und ein Ende des *stabilen* Gewaltverhältnisses nicht zu befürchten sei.

Die Wahl als "Repräsentation von Interessen"

Dass in der Demokratie der Wille der "Gewaltunterworfenen" eine Rolle spielt, verwechseln Politologen sehr zielstrebig damit, welche Rolle er spielt. Dass das freiwillige

Sich-Beugen unter die Gewalt, wie es demokratische Untertanen beherrschen, eben eine Leistung ihres *Willens* ist, ist eine Sache. Die Politologie verfertigt daraus ein weiteres dickes Plus für die Demokratie, indem sie die "Mitwirkung" bei der Auswahl des Personals der Herrschaft in eins setzt mit dem Geltendmachen eigener Interessen durch die Bürger: *"Wahlssysteme stellen Verfahren dar, mittels derer die Wähler ihren politischen Willen in Wählerstimmen ausdrücken und Stimmzahlen in Mandate übertragen werden."* (Sontheimer/ Röhring: Handbuch, S. 528)

"In parlamentarischen Regierungssystemen wie dem der BRD haben Wahlen die folgenden Funktionen ... Repräsentation von Meinungen und Interessen der Wahlbevölkerung ... Verbindung der politischen Institutionen mit den Präferenzen der Wählerschaft ..." (ebd., S. 505)

Ach, so ist das! Mit dem Wahlkreuz für eine Partei "artikuliert" Bürger X seine Auffassung über sein Gehalt, die Ökosteuer auf Benzin, die Ganztagschule und den Atomausstiegskompromiss, und diese Auffassung addieren Frau Merkel und Co. am Wahltag

Vortragsveranstaltung des Sprecherrats durchgeführt von der Sozialistischen Gruppe

Prof. Dr. Albert Krölls (Ev. Hochschule für Soziale Arbeit Hamburg)

Kritik der Psychologie

Das moderne Opium des Volkes

Der Untertitel ist durchaus programmatisch zu verstehen: Die unbestreitbare Leistung der psychologischen Weltanschauung besteht in der erfolgreichen Selbstmanipulation des schwierigen Willens zum Glück in einer Gesellschaft, deren Subjekte bei der herrschaftlich konzessionierten Verfolgung ihrer Lebensinteressen unter den vom Staat vorgegebenen Bedingungen ihrer Betätigung andauernd auf die Schranken stoßen, die ihnen die ihnen die gegensätzlichen Interessen anderer setzen. Die Kunst der Glücksfindung besteht darin, die Erwartungen an die Welt an deren harte Realitäten anzupassen und umgekehrt die Anforderungen der sozialen Wirklichkeit als Bewährungsprobe für sich und seine werte Persönlichkeit zu betrachten und in der Erfüllung seiner gesellschaftlichen Pflichten seine Selbstverwirklichung zu suchen. Der psychologisch gebildete Mensch, der seine Niederlagen auf den Kampffeldern des bürgerlichen Lebens nicht den Prinzipien der Konkurrenzgesellschaft, sondern sich selbst und seiner mangelnden „Erfolgsfähigkeit“ zuschreibt, macht sich geistig frei von der Befassung mit den seine Existenz regierenden ökonomischen und politischen Interessen, für deren Erfolg er als Arbeitnehmer, Erziehungsberechtigter und Soldat einzustehen hat. Wer vom Wunsch beseelt ist, von der gesellschaftlichen Umwelt den Wert der eigenen Person bestätigt zu erhalten, ist umgekehrt von einem grundsätzlichen Verständnis für alle Zumutungen erfüllt, die ihm Staat und Ökonomie des demokratischen Kapitalismus auferlegen. Wer sich die psychologische Sichtweise der Welt und seiner dienstbaren Rolle in ihr zu Eigen macht, der entspricht also in idealer Weise dem Anforderungsprofil des demokratisch-kapitalistischen Staatsbürgers. Seine Unterwerfung unter die Zwänge der bürgerlichen Gesellschaft erscheint als Akt der Freiheit, als Verwirklichung gelungener Subjektwerdung.

Die Wissenschaft der Psychologie liefert für dieses Bedürfnis, die kapitalistische Gesellschaft und ihre Einrichtungen als Summe von Chancen und Möglichkeiten für das Subjekt zu betrachten, eine sachadäquate Theorie des Willens. Dieser Theorie zufolge ist der Wille des Menschen keinesfalls das einfache Resultat seiner Absichten und Beschlüsse. Vielmehr ist sein Handeln determiniert durch innere und äußere Bedingungen: Triebe, Reiz-Reaktions-Mechanismen, Dispositionen, Verhaltensmuster, Umwelteinflüsse etc. Ihr Wissen um die geheimen Wirkkräfte der Seele gewinnen Psychologen vornehmlich dadurch, dass sie die Handlungen der Subjekte in deren „seelisches Innenleben“ reflektieren und das praktische Tun als Äußerung der inneren Möglichkeit dazu bestimmen. So erklären sie auf mustergültig tautologische Weise das Reich der menschlichen Aktivitäten durch ebenso viele gleichnamige Antriebe: den Krieg und andere Gewalttätigkeiten aus einem Aggressionstrieb, die Ausübung von Macht aus dem Machtstreben, die Liebe aus einem Liebestrieb, das Lernen aus der in verschiedenen Quanta auf die Menschen verteilten Lernfähigkeit u.s.w.

Die Leistung dieser gedanklichen Operation, das heißt: der Verdopplung jeder Handlung in ihre innere Ermöglichung und ihre äußere Aktualisierung besteht darin, Bewusstsein, Willen und Verstand grundsätzlich zu Schauplätzen menschlicher Unfreiheit zu erklären.

Mit dieser Bestimmung des Willens als abhängiger Variable eines Ensembles innerer und äußerer Wirkkräfte erteilt die Psychologie dem Menschen jedoch zugleich einen umfassenden Steuerungsauftrag. Derselbe Mensch, eben noch als willenloser Spielball psychischer Impulse definiert, soll nunmehr als Konfliktmanager der widersprüchlichen Ansprüche fungieren, welche seine innere Dispositions- oder Motivationslage und die äußere Welt an ihn erheben. Er soll im Kampf mit sich selbst sein seelisches Gleichgewicht herstellen, ein Programm, das seit Freud unter dem psychologischen Namen einer gelungenen Ich-Bildung bekannt ist. Jedenfalls dazu soll der Rest an Wille und Verstand, den die Psychologie dem Menschen zugesteht, noch zu gebrauchen sein.

Der angebliche Kampf der seelischen Instanzen ist freilich nur die zur inneren Angelegenheit verdrehte Anforderung der Psychologie an den bürgerlichen Menschen, seine Wünsche und Bedürfnisse mit der Realität in Einklang zu bringen, damit sie sich nicht als Enttäuschung oder ausgewachsenes Seelenleiden gegen die Funktionstüchtigkeit des bürgerlichen Subjektes geltend machen. Für diese Anpassungsleistung steht das Realitätsprinzip der Seele. Wer den Krieg der seelischen Instanzen bewältigt, ist realitätstauglich: „arbeits- und genussfähig“, wie einst Übervater Freud versprach.

Im Vortrag soll der Zusammenhang zwischen den Erklärungsmustern der psychologischen Weltanschauung und ihrem Gebrauchswert für die kapitalistische Konkurrenzgesellschaft systematisch dargestellt werden. Im Rahmen eines exemplarischen Durchgangs durch die pluralistische Welt psychologischer Theorien werden die verschiedenen Ansätze daraufhin untersucht, welche besonderen Beiträge sie zum psychologischen Programm der Anpassung des bürgerlichen Konkurrenzsubjektes an seine gesellschaftliche Heimat erbringen, worin ihr politisch-legitimatorischer Gehalt besteht und auf welchen systematischen Fehlern der wissenschaftlichen Theoriebildung diese gesellschaftliche Nützlichkeit gründet.

Dienstag, 27. November 2007, 19.00 Uhr

Kollegienhaus, Raum 0.016, Universitätsstraße 15, Erlangen

Das Buch zum Vortrag:

Albert Krölls: Kritik der Psychologie – Das moderne Opium des Volkes
2. erweiterte Auflage. VSA-Verlag Hamburg 2007, 188 Seiten

mit anderen zusammen zu einer Summe von ... Prozent!?

Nein, so ist das mit der "Repräsentation von Meinungen und Interessen" natürlich nicht gemeint. Selbstverständlich weiß der Fachmann für Politik sehr wohl, dass ein Stimmzettel kein Bestellschein ist, auf dem der Wähler seine Ansprüche an die Politik anmeldet. Aber: *Irgendwie* soll man sich das Wählen doch kurz mal als Kundgabe von Bedürfnissen vorstellen – verdichtet zu einem Kreuz, in dem dann allerdings jede individuelle Überlegung und Erwartung, die den Wähler bei seiner Stimmabgabe bewegt haben mögen, ausgelöscht ist in dem Ja zu einer Partei. Eins ist ja nicht verkehrt. Dass Wähler ihren "politischen Willen in Wählerstimmen ausdrücken", ist jedenfalls richtig. Die klingen nämlich ganz zurecht so: "(X)", weil sie bloß dazu da sind, die Regierung zu ermächtigen, von den Untertanen einzufordern, was sie will. Nicht zufällig kommen die Bürger mit ihren Interessen in den politischen Definitionen schon gleich als *Wähler* vor, d.h. eben als Subjekte, die ihr Wohlergehen in einer "ordentlichen Regierung" des Gemeinwesens aufgehoben wännen und diese Einstellung in der Wahl *praktizieren*. Mit diesem politischen Willen abstrahiert der Bürger gerade von jedem besonderen Interesse, das er hat, und überantwortet es der Souveränität einer Partei, sein Interesse wie das aller anderen unter das Staatsinteresse zu subsumieren – obwohl dabei nur für wenige etwas herauskommt.

Das widerlegt einerseits die Auffassung des Politologen, die Kundgabe des Wählerwillens – sich bei allem, was er will, den Entscheidungen seiner Regierung fügen zu wollen – sei ein einziges Synonym für das Geltendmachen von Interessen. Andererseits ist die Politologie gegenüber derlei kleinlichen Einwänden souverän: Mit "Meinungen" und "Interessen" hat sie eben von vornherein nicht irgendwelche lächerlichen privaten Nutzenkalkulationen gemeint, sondern den *politischen Willen* zur Herrschaft, der für sie der Inbegriff aller Interessen ist. Im Wahlkreuz "artikuliert" der Bürger "FDP" – und die hat doch schließlich ein Programm fürs Regieren!

In der Wahl entscheiden die Wähler über die Politik

Die Souveränität der *Politik*, die im Wahlakt immer neu bestätigt wird, beflügelt die Wissenschaft zu immer neuen Hymnen auf die Souveränität des *Wählers*, die in diesem Vorgang zum Vorschein kommen soll. Die Delegation des eigenen Willens *an* die Politik als Einfluss *auf* die Politik zu verkaufen, ist kein Problem für versierte theoretische Lobredner der Demokratie. Man muss nur den "Bürger-einfluss" so deuten, als habe der Wähler in irgendeiner Weise doch den *Zweck* des politischen Amtes im Griff, indem er sich mit seinem Kreuz auf einen der ihm präsentierten *Kandidaten* festlegt:

"Die Wahl in der bürgerlich-demokratischen Ord-

nung wird gekennzeichnet durch ... die Konkurrenz. Zwar kandidieren Personen, doch **nicht nur** Personen. Es muss auch eine Auswahl konkurrierender politischer Leitlinien vorhanden sein, die verschiedenartig artikuliert werden können." (Paul Noack: Was ist Politik?, S. 206)

"In der parlamentarischen Demokratie entscheidet der Staatsbürger keine politischen Sachfragen, vielmehr schenkt er Persönlichkeiten sein Vertrauen. Er bestimmt, wer Politik macht, aber nur mittelbar darüber, welche Politik gemacht wird." (Konrad Löw: Unser Staat heute, S. 57)

Mehr ist nicht drin – denn das wäre ja Plebiszit und würde die Handlungsfreiheit der Regierung beschränken. Aber "mittelbar" bestimmt er immerhin. Zwar hat er nicht die Kandidaten ausgesucht und noch viel weniger ihr Programm. Aber immerhin kreuzt er ja auch eine "politische Leitlinie" an. Immun ist diese Wissenschaft gegen die Realität des demokratischen Untertanendaseins. Jedes Dementi des behaupteten Bügereinflusses mündet in ein "aber immerhin darf er ...". Und so sehr Politologen auch betonen, es dürften "mit der Wahl keine verbindlichen Aufträge und Weisungen verbunden" sein (Ellwein, Regierungssystem der BRD, S. 64), so wenig wollen sie zugeben, was sie damit selbst aussprechen: dass die Wahl die Ermächtigung der Gewählten ist, ihre Souveränität frei und ohne Rücksicht auf die Bürger zu gebrauchen. Und wird der "Bügereinfluss" noch so realistisch-bescheiden formuliert –

"Durch die Möglichkeit des Abwählens der einen Partei und durch die Entscheidung für eine andere kann das Volk für die verfllossene Regierungszeit Lob und Tadel verschieden verteilen." (Theo Stammen: Das politische System der BRD, S. 35 – hier ist der "Wählerauftrag" bereits zum nachträglichen Notengeben geschrumpft) –, irgendwie soll das Ideal des Bürgers als Souverän doch ein bisschen gelten, und sei es nur durch den Opportunismus von Politikern, die wiedergewählt werden wollen:

"Bei der Wahl kann nur über die allgemeine Richtung entschieden werden. Allerdings müssen Parteien bei den konkreten Sachentscheidungen die Meinungen und Interessen der Bevölkerung im Auge behalten, da sie spätestens bei den nächsten Wahlen mit der Quittung des Wählers rechnen müssen." (Andersen/ Woyke: Wahl '83)

Die Abwahl der alten Regierung ist zwar nur durch die Ermächtigung der neuen zu haben – aber immerhin ... Auch eine Logik: Dass der Bürger *diesen* (Ab/Wahl-)Willen äußern darf, macht umgekehrt die Politik von *ihm abhängig*, weil die Konkurrenten um die Macht *über ihn* sich wegen dieser Konkurrenz der Anstrengung unterziehen, um seine Zustimmung zu werben. Vor lauter Begeisterung über die schiere Möglichkeit, sich auszusuchen, von wem man fürs "Gemeinwohl" in die Pflicht genommen wird, soll sich der Bürger das Regieren gleich als Rücksichtnahme auf sich zurecht legen. Die Politiker handeln vielleicht nicht ganz selbstlos, aber die Wahl sorgt doch dafür, dass die Politik den "Präferenzen" der Bürger nachkommt.

welt verwiesen ist, die sich seines Hilferufs: „kultureller Völkermord!“ annehmen. Da sich jedoch weder die wirtschaftliche noch die militärische Konkurrenz der reichen und mächtigen Nationen um Gebetbücher oder Volkstänze dreht: Wahrscheinlich hätte kein Hahn nach der Knechtung des fernöstlichen Mönchs und seines tapferen Völkchens gekräht, hätte sich nicht doch eine gewisse Verwendung für diesen Freiheitskampf gefunden.

- Zwar nicht die, die sich der Dalai Lama gewünscht hätte: Für die Staaten des Freien Westens war und ist Tibet nicht die große Nummer, wie es ihm vorschwebt. Sei es, dass man sich auf die Insel Taiwan als Speerspitze gegen die weltpolitischen Ansprüche der VR China verlegte, sei es, dass ein Priester ohne Land & Volk kein übermäßiger Stachel im Fleisch des Hauptfeinds Nr. 2 ist: Ein *weltmächtiges* Interesse, das sich ernsthaft für eine Staatsgründung Tibets stark gemacht hätte, hat sich jedenfalls nicht gefunden, und auch heute profitiert die politische Sache des Dalai Lama nicht davon, dass Kriege und Waffenlieferungen in der neuen US-Weltordnung häufiger im Namen von Menschenrechten und kultureller Freiheit abgewickelt werden. Aber eine diplomatisch berechnende Zuneigung erfährt der bedrohte Tibetpanda im Westen schon: Seine Ambitionen als Machthaber, der volle „Autonomie für Tibet“ fordert, fin-

FRIEDEN STATT KRIEG, ... Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 Mitte

Kriege der Gegenwart fallen dem Rüstungskritiker einfach nicht ein. Sie geben nichts her für seine frohe Botschaft von der Friedenspolitik per Armutsbekämpfung. Deshalb wohl erscheinen sie ihm vernachlässigbar. Aber auch, weil er Aufbau und Einsatz der Kriegsmittel der Großmächte als notwendige Sicherheitspolitik durchgehen lässt, die es, schlimm wie die Welt ist, auf der Seite verantwortungsbewusster großer Staaten nun einmal braucht. Kritisch wird er nicht gegen deren himmelhoch überlegenen Gewaltapparat, sondern erst, wenn er einen verantwortlichen Umgang damit vermisst. Tatsächlich, auch die weltgrößten Waffenproduzenten und Besitzer laden Schuld auf sich; dann nämlich, wenn sie ihre potenten Geräte nicht für sich behalten, sondern in die armen Länder exportieren, wo sie Unheil anrichten und Kriegsparteien ausstatten, für deren Sicherheitsinteressen der Mann von der Westdeutschen nun überhaupt keinen guten Grund gelten lässt. So spricht er ausgerechnet die großen Militärmächte und Waffenexportnationen als die berufenen Hoffnungsträger für Kriegsoffer und Arme in der Dritten Welt an; jedenfalls könnten/sollten/müssten sie das sein: Es wäre an den reichen, die Welt beherrschenden Großmächten, die „Gewalt zu stoppen“, indem sie „Armut bekämpfen, nicht Waffen exportieren“. In ihren Rüstungshaushalten hätten sie die Geldmittel dafür, und ihr Monopol an

Waffentechnologien aller Art könnten sie zum Guten wenden, indem sie den minderbemittelten Elendsregenten das Schießgerät vor-enthalten.

Bekanntlich denken die Großmächte, an denen die Welt genesen könnte, nicht daran, die edle Mission zu erfüllen. Dem könnte unser Kommentator ja entnehmen, dass sie andere Zwecke haben und ihr Einfluss auf die Welt anderen Aufträgen genügt, als er ihnen erteilen möchte. Tatsächlich täuscht er sich da gar nicht. Er fragt rhetorisch: „Was nützt es ...“, konstatiert also, dass kein Schwein auf ihn hört. Und dass 2007 „ein gutes Jahr für den Frieden“ wird, mag er selbst nicht glauben. Dennoch lässt er nicht davon ab, seinem Staat und anderen Mächten das Weltverbessern als den *eigentlichen Auftrag* ins Stammbuch zu schreiben, an dem sie scheitern. Ein Übergang zu einer objektiven Ermittlung von Zwecken und Mitteln der bewaffneten Weltpolitik ist das letzte, wozu der Humanist aus der Zeitungsredaktion zu gewinnen wäre.

Noch einmal: „Was nützt es“, angesichts von einer Billiarde Dollar für Waffen „darauf zu verweisen, dass weltweit 850 Millionen Menschen hungern?“ Das eben! In Form einer Klage darüber, dass er selbst kaum mehr an die guten Absichten seiner Regierung glauben kann, hält er diesen Glauben in Kurs. Zum jährlichen Bericht über die Aufwendungen für Tötungstechnologie gehört eben einer, der mahnt, das Gute nicht zu vergessen.

Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT 3-07

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift **3-07**

US-Hypothekenkrise: Der Welterfolg einer neuen Technik
finanzkapitalistischer Selbstbefriedigung macht weltweit Ärger
Anmerkungen zu einer Finanzkrise der ganz modernen Art

Noch ein aufstrebender „Global Player“

Indien will Wirtschafts- und Weltmacht werden

G8-Treffen

Schon wieder: Die Welt zu Gast bei Freunden

„Kompromiss“ auf dem EU-Gipfel in Brüssel:

Streit der Nationen um die Geschäftsordnung ihrer Konkurrenz in und um Europa

Die Lohnfrage heute

Investivlohn-Modelle – Ein schönes Streikergebnis für die Telekom-Beschäftigten –
Die „Lokführergewerkschaft“ kämpft um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen

Frieden statt Krieg, Brot statt Gewehr! · Die Leichen der CIA · Doping-Krise · „Arm trotz Arbeit“: Die „Generation Praktikum“ · AKW-Pannenserie in der Ausstiegsrepublik · Eine Linkspartei für Deutschland – konservativ, realistisch, machtbewusst, national · Eurofighter-Beschaffung in Österreich · Terrorgefahr in Deutschland: Not braucht viel Gebot · Sturm auf die rote Moschee in Pakistan · Streit um Religion im Biologieunterricht: Der Schöpfung die Krone aufgesetzt · Amerikanische Waffen für Mekka · Der Dalai Lama auf Deutschland-Tournee · Nachrichten vom Arbeitsmarkt: „Der Aufschwung ist da ...“

ISSN 0941-5831 224 Seiten € 15.–; ab sofort im Buchhandel erhältlich

Edelmann, Fürther Freiheit 2a, Fürth

Ex Libris, Bismarckstraße 9, Erlangen

Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofplatz 8, Nürnberg

Hugendubel, Ludwigsplatz 1, Nürnberg

Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Straße 38, Nürnberg

oder beim Gegenstandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München, Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05

den Aufnahme in die lange Liste der „Menschenrechtsverletzungen“, die seine Gastgeber Chinas Führung vorrechnen, wann und wofür es ihnen ins Kalkül passt.

- So ist der jüngste Empfang des Dalai Lama ein diplomatisch ausgeklügeltes Protokoll deutscher Chinapolitik. Nicht zufällig 1 Jahr vor Olympia 2008 in Peking äußert sich Berlin besorgt über Wettbewerbsverzerrung auf dem Schlachtfeld nationaler Ehre durch staatlich gefördertes Doping, über den hohen Wert der Freiheit patriotischer Berichterstattung und Jubelorgien, über die falsche Behandlung von Dissidenten – und bekräftigt die „Tibet-Resolution des Deutschen Bundestages von 1996“, deren Zwars und Abers Chinas KP eine immer noch gültige Mischung aus Kampf-ansage und Partnerschaftsansprüchen übermitteln: „Wie alle anderen Regierungen der Welt bezweifelt die BR Deutschland nicht die Rechtmäßigkeit des territorialen Anspruchs Chinas auf Tibet“; das soll Peking offenbar freuen, weil der deutsche Staat sich versagt, was er durchaus auch anders könnte. *Nicht* angezweifelt wird die völkerrechtliche Legitimität der Landnahme, *nicht* in Frage gestellt die Ein-China-Doktrin, *nicht* unterstützt tibetischer Separatismus – mehr Raum für „nationale Identität“ sollte *aber* schon sein; *nicht* vorgehalten werden China Volksvertreibung oder Beschneidung des Rechts auf Heimat – *aber* Verbrechen an einer berechtigten, historisch geadelten Religionsfreiheit: Nach der Logik wird nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein diplomatischer *Einwand* gegen

chinesische Souveränität auf den Weg gebracht, dessen Einsatz und Dosierung sich die deutsche Regierung je nach „Stand der Beziehungen“ und Eignung des Anlasses vorbehält. Anlässlich des Besuchs des frommen Gastes aus Tibet hat sie sich eben so entschieden: *Als religiöses Oberhaupt* wird er mit Respekt und Beifall überschüttet, aber nicht als Staatsmann geladen oder gesponsert. Die Kanzlerin lobt seine „Gewaltlosigkeit“, unterstützt ihn also als die ohnmächtige Figur, die er ist; sie lobt die „Friedensmission des guten Menschen“, trennt den Mann von der politischen Mission, für die er steht, und verweigert ihm damit die Anerkennung *als weltliches Oberhaupt*, für die seine Buddhismus-Teach-ins in aller Herren Länder Vehikel sein sollen. Der Dalai Lama muss feststellen, dass seine 'Autonomie für Tibet!' nirgends einen potenten Anwalt findet und seine Werbung für religiösen Nationalismus ohne Gewalt allenfalls eine Fußnote im 'Kampf der Kulturen' ist. Was die Gegnerschaft des Freiheitslagers zum wachsenden Konkurrenten China angeht, lässt sich der unterdrückte Glaubensführer als Einspruchstitel gerne zitieren, die erhoffte Prämie wird ihm aber verwehrt. „Keiner tut was für uns“ – aber was macht das schon, wo der Weg das Ziel ist.

Sozialistische Gruppe

Erlangen-Nürnberg (SG)

c/o Sprecherrat, Turnstr. 7, Erlangen

www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.: V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

DER DALAI LAMA ...

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

willing aus, sie sind Produkt des Anschlusses Tibets an die Volksrepublik China: 1950 kippt Peking die seit 1913 proklamierte einseitige Unabhängigkeit Lhasas nicht nur politisch, sondern faktisch; die Armee besetzt das Hochgebirgsland, der Dalai Lama als „oberster weltlicher und geistiger Führer des Volkes“ wird entmachtet und auf sein Kirchenamt reduziert, Tibet wird autonome Provinz Chinas und sukzessive mit Rotchinesen besiedelt. Nach dem Aufstandsversuch des Dalai Lama und seiner Getreuen wird er 1959 verjagt, Indien schenkt ihm eine Mini-Enklave, von dort aus und seitdem agiert Nr. 14 als „Vorsitzender der Exilregierung Tibets“, die bis heute allerdings kein Staat der Welt anerkennt. Darunter leidet der Mann furchtbar. Er ist Staatsmann und Patriot genug, den Verlust seiner politischen und religiösen *Macht* mit den Leiden seines *Volks* bzw. seiner *Gemeinde* gleichzusetzen und den Verlust des bekannten Grundnahrungsmittels „kulturelle Identität“ anzuklagen, das armen Reisbauern, Sherpas und Mönchen am meisten fehlt. Er weiß aber auch, dass er als *Herrscher ohne jede materielle Basis* – null Waffen, null Öl, keine dienstbare Nationalökonomie und keine Staatsbürger in Uniform – umso mehr auf *mächtige Paten* in der ausländischen Staaten-

Zivil- und andere schlechte Gesellschaft gefährdet Jugendliche Marco knutscht sich in den Knast

Ein deutscher Knabe und ein englisches Mädchen treffen sich im Urlaub in der Türkei. Sie pubertieren stark, trinken eins und finden zusammen mit Gleichgesinnten ein Hotelzimmer, wo es zu verschärftem Knutschen kommt. Was bis hierher nach altersgerechtem Traumurlaub klingt, erweist sich in der Folge als gar nicht so einfach.

Die erste Komplikation tritt deswegen auf, weil das englische Mädchen, gerade dreizehn Jahre alt, offenbar unter einem frühreifen *Gewissen* leidet und daheim alles, und vielleicht noch ein wenig mehr, erzählt.

Die zweite deshalb, weil man heutzutage offenbar in englischen Touristenfamilien überkommene Erziehungstechniken schleifen lässt: Das Mädchen bekommt nicht ausgiebig geschimpft, Hausarrest oder Ohrfeigen. Auch den beteiligten Jungmann knöpfen sich die Eltern nicht persönlich vor. Die sind vielmehr der Auffassung, ihrem Kind, das sie sich nur als willenloses Opfer vorstellen wollen, sei neben einer unerwünschten frühen privaten Erfahrung etwas Spezielles zugestoßen: Ein *Unrecht* nämlich, auf das man mit den *zeitgemäßen* Techniken der Zivilgesellschaft zu reagieren habe, mit einer Anzeige bei der zuständigen Justiz zum Beispiel.

Vielleicht sind die englischen Eltern einfach nur blöde, vielleicht aber auch so berechnend, dass es ihnen gerade recht wäre – der orientalischen Örtlichkeit wegen –, den jugendlichen Unhold aus Deutschland vor einen hoffentlich besonders strengen Richter bringen zu können: einen original türkischen Kadi. Damit sind die Zutaten für die größte annehmbare Komplikation im Gefolge eines eher intimen Ereignisses zusammen: Die private wird zu einer *Staatsaffäre*.

*

Es ist schon unangenehm genug, wenn plötzlich *rechlich* gewürdigt wird, was eigentlich für niemandes Würdigung, mit Ausnahme der Beteiligten, vorgesehen war; wenn also ein persönlich gar nicht involvierter Staatsanwalt oder Richter anfängt, sich einzumischen und aktenkundig zu machen, worum es sich bei einem intimen Getümmel *eigentlich* und in strafrechtlicher Hinsicht gehandelt haben soll. Die Eltern, rachsüchtig und offenkundig mehr um die Rechts- als die Gemütslage ihrer Tochter besorgt, und ihr türkischer Anwalt behaupten entschieden, es könne sich, trotz anderslautender Zeugenauskünfte, nur um Kindesmissbrauch und Vergewaltigung gehandelt haben. Das wiegt schwer; und weil der Angeschuldigte als Urlauber naturgemäß über keinen festen Wohnsitz in der Türkei verfügt, wird er sistiert, damit er sich nicht dem anstehenden Verfahren und möglicher Strafe entziehe.

Noch unangenehmer wird die Sache darüber, dass, einmal im Visier des staatlichen türkischen Strafanspruchs, wegen der *Nationalität*

des Angeschuldigten in Windeseile die pubertäre Liebes- zu einer *zwischenstaatlichen*, also *politischen* Affäre unter Beteiligung von Justiz, Diplomatie und nicht zuletzt Volksseele wird: Marco ist Deutscher, weshalb sich deutsche Politiker und Diplomaten um die Sache kümmern und die entsprechenden türkischen Instanzen kräftig dagegen halten. Die Deutschen prüfen die rechtlichen Umstände, die Haftbedingungen, fragen sich und die Türken, ob das denn alles sein müsse, und mischen sich ein in ein laufendes, rechtsstaatliches Verfahren, das sie – man redet hier von der Türkei! – von Haus aus nicht für so übermäßig rechtsstaatlich halten: Schließlich reden die Europäer den Türken schon jahrelang ins Gewissen, sie sollten ihren Rechtsstaat nach abendländischem Vorbild reformieren. Dass die das bis heute nicht richtig hingekriegt haben, weshalb sie auch vorläufig nicht in die EU aufgenommen werden können, weiß doch eigentlich jedes Kind. Dass sie sich jetzt plötzlich, in diesem Fall, so *anstellen*, sich auf Recht und Gesetz und die Unabhängigkeit der Justiz berufen und einen deutschen Marco einbuchen, anstatt ihn auf deutsches diplomatisches Stirnrunzeln hin einfach laufen zu lassen, das findet man in Marcos Heimat nicht amüsant.

*

Die Einwände von Freunden und Kennern internationaler Rechtslagen, die dahin gehen, dass es einem türkischen Jugendlichen unter der gleichen Anschuldigung in Deutschland ziemlich genau so erginge wie Marco in der Türkei, treffen zwar juristisch zu, sind ansonsten aber unbeachtlich. Erstens wäre das ja dann ein Türke und kein Deutscher, was ja wohl einen ziemlichen Unterschied macht! Zweitens sind bei uns die Gerichte *wirklich* unabhängig und behaupten es nicht nur, wie derzeit die türkischen, nur um unter diesem *Vorwand* ihr Mütchen an einem unschuldigen Deutschen zu kühlen und ihre nationalistischen Empfindlichkeiten auszuleben. Die sind nämlich der Grund dafür, dass sie sich plötzlich so *überkorrekt* benehmen, was man, wie gesagt, von denen sonst gar nicht kennt. Die deutsche Zivilgesellschaft jedenfalls schreibt unterstützende Transparente an Marcos Wohnort, zündet die üblichen Kerzen an und findet auch eine Öffentlichkeit, die darüber berichtet. Die türkische, nicht faul, hält auch ihre Demos ab, auf denen gewöhnliche Bürger, empört über deutsche Einmischungen ins türkische Rechtswesen, in die Kameras schäumen.

Wie sollen da, fragt man sich angesichts all dessen besorgt, lernwillige junge Menschen in Deutschland, der Türkei oder England unter solchen Umständen in Ruhe ihren Interessen nachgehen und die Völkerfreundschaft pflegen?

Nachdruck aus: GEGENSTANDPUNKT 3-07

Nachrichten vom Arbeitsmarkt: „Der Aufschwung ist da ...“

„Gute Nachrichten aus Nürnberg: Zum Ferienbeginn waren weniger Menschen als erwartet arbeitslos ... Nach den jüngsten Zahlen der Bundesagentur haben so viele Menschen wie noch nie seit der Wiedervereinigung einen Job“. (SZ, 1.8.07) Endlich, so die Juli-Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, „kommt der Aufschwung auch am Arbeitsmarkt an“. Die Konjunktur brummt, die Unternehmen schreiben fette Gewinne und sorgen für ein „Jobwunder“ (Stern), indem sie für ihren weiteren Geschäftserfolg zusätzliche Arbeitskräfte einstellen. Sie haben sich also gelohnt, die Opfer, die damals mit der Agenda 2010 den Leuten abverlangt wurden: Ist erst mal der Aufschwung da, so das Versprechen, dann ... gibt's Jobs für jeden! Wie die ausschauen, erzählt die Presse freundlicherweise gleich auch noch; so kann der Leser den Fortschritt würdigen:

„Die Politik hat viel Anteil, dass der klassische Job zunehmend Patchwork-Arbeitsverhältnissen Platz macht. Vor allem Minijobs und Ich-AGs sowie Hartz-IV-Regeln für Erwerbslose haben den Wandel der Arbeitswelt beschleunigt. Viele Menschen arbeiten heute nicht acht Stunden im Büro, sondern verteilt über den Tag in zwei oder drei Mini-jobs. Andere haben einen tagesfüllenden Vollzeit-

job oder rackern als Selbstständige, verdienen damit aber so wenig Geld, dass sie zusätzlich ALG II brauchen.“ (SZ, 1.8.)

Als Lohn für die Zumutungen war „den Menschen“ nie mehr versprochen als eben „ein Job“, irgendeine Variante, Erwerb zu erzielen, egal zu welchen Bedingungen und zu welchem Lohn. So kommt der Aufschwung bei den arbeitenden Massen an. Und was folgt aus diesem Sittenbild moderner proletarischer Armut? Eine Kritik? Eine Klarstellung, dass die Wohlfahrt des Kapitals unverträglich ist mit bescheidensten Ansprüchen, die das arbeitende Volk an Arbeit und Lohn stellt? Mitnichten!

„Man mag dies verteufeln oder begrüßen. Die Zahlen aus Nürnberg zeigen jedenfalls, dass Menschen und Firmen (!) sich den Umständen angepasst haben.“

Dann ist ja alles gut. Die Firmen haben sich den „Umständen angepasst“, die sie geschaffen haben und zahlen Löhne, von denen man nicht leben kann; und die Beschäftigten haben sich daran gewöhnt, Löhne zu verdienen, von denen man nicht leben kann. Dennoch, ein Wermutstropfen trübt das Bild von einem Land im Glück immer noch.

Diskussionsveranstaltung der SG in Erlangen:

Die Schule:

oft gelobt, noch öfter gescholten, zumeist aber falsch kritisiert

Auf unserem Diskussionstermin sollen folgende Fragen geklärt werden:

- Auf Wissen ist jedermann angewiesen, der sich in der Welt der Computer, des Geldes oder auch nur in einem Fahrplan zurechtfinden muss. Warum bedarf es dann überhaupt einer Schulpflicht, wie sie der Staat in seine Gesetze schreibt?
- Die Demokratie ist stolz auf die allgemeine Schulpflicht. Alle Bildungsprivilegien hat sie beseitigt. Eine Bildungshierarchie von Hauptschülern, Gymnasiasten und Hochschulabsolventen ist damit aber keineswegs ausgestorben, im Gegenteil. Wie verträgt sich das eigentlich?
- Dagegen wird gern auf die Gleichheit der Chancen verwiesen, die jedem gegeben ist. Wieso mündet sie nie in eine Gleichheit der Resultate?
- Wieso erzielt ein und dieselbe Leistung in einem Aufsatz oder einem Diktat einmal die Note 2, das andere Mal die Note 5?
- Schlechte Leistungen führen dazu, dass einem Schüler der Sprung in die höhere Schulkarriere verwehrt wird, er „sitzen“ bleibt oder, im Extremfall, die Anstalt vorzeitig verlassen muss. Warum zieht Unwissen nicht vermehrte, sondern den Ausschluss von weiterer Bildung nach sich?
- Nach etwa acht bis zehn Jahren Schulunterricht verlassen Massen von Legasthenikern als vollwertige Wahlbürger die Anstalt. Wozu taugt die schulische Bildung dann eigentlich?
- Lernunwillige Schüler sehen im Schulstoff unnötigen Ballast. Besitzer des Latinums kontern gern mit dem Spruch „Non scolae, sed vitae discimus“. In der Schule soll also nicht für dieselbe gelernt werden. Eine Lüge, der die nächste folgt. Spätestens beim ersten Vorstellungsgespräch erfährt der Absolvent nämlich, dass er sein Schulwissen getrost vergessen darf und im Berufsleben von vorne anfängt. Es fragt sich also, wofür eigentlich in den Schulen gelernt wird.

Mittwoch, 14. November 2007, 20.00 Uhr
Turnstraße 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen

Diskussionstermin in Nürnberg: regelmäßig dienstags, 20 Uhr,
Desi, Brückenstraße 23, Themen siehe: www.sozialistischegruppe.de

Der Aufschwung „kommt nicht bei allen an“

Fachleute in den Wirtschaftsredaktionen wissen natürlich warum: Von den herrlichen Reformen, die die Arbeitslosen so gnadenlos verbilligt haben, gibt es immer noch zu wenig; der Reformkurs ist ins Stocken geraten: „Weil SPD und Union monatelang nur über den Mindestlohn gestritten haben ..., haben sie sämtliche weiteren Reformen am Arbeitsmarkt hintangestellt. Das ist ein Grund, warum Langzeitarbeitslose immer noch wenig von dem 'Fördern' spüren, das ihnen eigentlich bereits mit Hartz IV versprochen war.“ (SZ, 1.8.)

Die Kollegen von der FAZ warnen davor, Geld in eine Qualifizierungsoffensive für gering qualifizierte Langzeitarbeitslose zu stecken.

„Das wäre der falsche Weg ... Anstatt die Langzeitarbeitslosen in neue und wahrscheinlich ähnlich ineffektive Qualifizierungsprogramme zu stecken, sollten Politik und Sozialpartner dafür sorgen, dass in Deutschland auch wieder mehr Arbeitsplätze für gering qualifizierte geschaffen werden. In vielen Unternehmen gäbe es einen Bedarf etwa an Helfertätigkeiten. Doch der Preis für solche Arbeit ist oft zu hoch.“ (FAZ, 1.8.)

Was die FAZ fordert, gibt es bereits: Der Gesetzgeber hat nämlich einen Erlass zur „Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Vermittlungshemmnissen“ in kraft gesetzt. So heißen im Behördenjargon die vielen, auf denen die staatliche Arbeitsvermittlung sitzen bleibt. Dass sich für die Betroffenen einfach kein Arbeitgeber finden lässt, der sie beschäftigt, ist aus der Sicht des Arbeitsamtes gleichbedeutend damit, dass sie mit einem Makel behaftet sind. Es macht die Ursache für ‚ihre‘ Arbeitslosigkeit an ihnen fest, z.B. an ihrer fehlenden Qualifikation, was zwar den Ausgangspunkt auf den Kopf stellt – das Problem ist ja weniger das Angebot als vielmehr die fehlende Nachfrage – insofern aber nur logisch ist, als es ja auch an ihnen herumkommt, um sie in Arbeit zu bringen. Was sich die Zuständigen im Laufe der Zeit haben einfallen lassen, um an den Arbeitslosen den Grund ihrer Arbeitslosigkeit zu beseitigen – insbesondere all die Qualifizierungsprogramme, mit denen sie ihre Klientel drangsaliieren –, zeitigt nun aber bei weitem nicht die Wirkungen, die damit intendiert sind. Und dem trägt die neueste Arbeitsförderungsinitiative Rechnung. Ihre Erfinder sind zu dem Schluss gekommen, dass das alles nichts bringt und stattdessen der Versuch unternommen werden muss, die Betroffenen mit all ihren Makeln an den Mann zu bringen, d.h. an einen Unternehmer, der so freundlich ist, ihre Arbeitskraft zu benutzen: Kapitalisten, die bereit sind „arbeitsmarktferne Menschen mit mehreren Vermittlungshemmnissen“ einzustellen, sollen den Lohn dafür weitgehend vom Staat geschenkt bekommen; bis

zu 75% des Lohns werden überall, in Regionen mit einer Arbeitslosenquote von über 15% werden per „Kommunal-Kombi“ sogar 100% des Lohns als „Beschäftigungszuschuss“ ausgeworfen. Denn eines kommt für den staatlichen Arbeitslosenverwalter selbstverständlich nicht in Frage: Dass die Menschen, die niemand brauchen kann, ihr Geld einfach so vom Arbeitsamt bekommen. Das Geld sollen die Unternehmer bekommen – dafür, dass sie der Klientel des Arbeitsamtes ihre Arbeitspflicht aufs Auge drücken. Natürlich fürchtet die Regierung da „Mitnahme-Effekte“, also die sinnige Praxis der Unternehmen, nun regulär entlohnte Leute zu entlassen, dafür geschenkte Arbeitskräfte einzustellen und durch derart geschickte Personalpolitik die öffentlichen Kassen gleich doppelt zu belasten. Aber was hilft's? Für ihre Langzeitarbeitslosen tut die deutsche Regierung eben alles.

Noch mehr Nachrichten vom Arbeitsmarkt: Wir brauchen einen Mindestlohn

Obwohl er weiß, dass sein Koalitionspartner das gar nicht leiden kann, fordert Sozialminister Müntefering weiterhin einen generellen Mindestlohn für Deutschland. Die allzu vielen *working poor* lassen ihm keine Ruhe mehr. Er macht sich Sorgen – und zwar folgende:

Einerseits ist es ja gut für den deutschen Standort, dass Arbeitskräfte so billig sind. Andererseits sind Billiglöhne an und unterhalb der Armutsgrenze ein Problem; nicht etwa für diejenigen, die davon leben müssen, sondern für die Staatskasse – und dieses Problem verlangt nach Abhilfe. In Berlin wird nämlich gerade überlegt, ob man nicht schon vor dem fälligen Termin im Jahr 2008 die Hartz-IV-Sätze ein wenig anpassen sollte. Kinderfreunde haben gerade ausgerechnet, dass mit dem Tagessatz von 2,52 Euro niemand ein Kind ernähren kann. Das würde dem Vernehmen nach mindestens seine 3,50 bis 4,15 Euro kosten. Dazu ist auch noch die Milch teurer geworden, die sie doch trinken sollen, wegen der Gesundheit. Aber: Wenn man Hartz IV anheben würde, lägen die an sich wünschenswerten Billiglöhne noch weiter unter dem ALG-II-Satz als jetzt schon. Mit der Folge, dass die *ohnehin rasant wachsende Zahl der „Aufstocker“*, die aus der Staatskasse die Differenz zwischen ihrem Arbeitslohn und Hartz IV bekommen, noch größer würde. Müntefering braucht den allgemeinen Mindestlohn, um die *Belastungen für den Fiskus* in Grenzen zu halten, die aus den um sich greifenden Minilöhnen erwachsen.

Dieser Minister macht sich die richtigen Sorgen. Sage einer, die Sozis hätten kein soziales Gewissen!